

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung in Kanada, erscheint jeden Donnerstag in Münster, Sask., und folgt bei Vorauszahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00 In Der Staaten u. Ausland, \$2.50 Einzelne Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu 1.00 Dollar pro Zoll einseitig für die erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für nachfolgende Einrückungen.

Kalenderblätter werden zu 20 Cents pro Seite wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erschlüssliche katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an

ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.



Die erste deutsche katholische Zeitung in Kanada, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

19. Jahrgang, No. 38. Münster, Sask., Donnerstag den 2. November 1922. Fortlaufende No. 974.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Thursday at Münster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION: \$2.00 per year, payable in advance. \$2.50 to the United States and abroad. Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES: Transient advertising \$1.00 per inch for first insertion, 50 cents per inch for subsequent insertions. Reading Notices 20 cents per count line. Display advertising \$2.00 per inch for 4 insertions, \$20.00 per inch for one year. Discount given on large contracts. Legal Notices 12 cts. per agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland.

Berlin. Es heißt, daß Deutschland wahrscheinlich in der nahen Zukunft offiziell seine Unfähigkeit, weitere Entschädigungszahlungen in Geld oder Waren zu machen, erklären werde. Kanzler Wirth soll sich der finanziellen und wirtschaftlichen Lage gegenüber nicht mehr zu helfen wissen, die sich in den letzten 48 Stunden durch das Fallen der Mark unendlich verschlimmert hat. Die Mark stand vor wenigen Tagen auf 5,000 zum Dollar.

Im Reichstag machte Reichstagspräsident Loeb geltend, daß Maßnahmen zum Schutz des Lebens des Reichskanzlers Dr. Wirth getroffen werden müßten, da diesem wieder Drohbriefe zugegangen wären. Später im Verlaufe der Debatte über die Vorlage, welche die Verlängerung des Amtstermins des Präsidenten Ebert anstrebt, sagte der Kanzler, daß die Regierung mit weiteren politischen Worten zu rechnen haben werde. Diese gehe aus Aussagen in dem Rathenau-Mordprozeß zur Genüge vor.

Maximilian Harden, der Herausgeber der Zeitschrift „Die Zukunft“, schüttelt nunmehr den Staub deutscher Erde, die er so oft niedergetreten, von seinen Schuhen. Er hat sich entschlossen, zu seinem in der Schweiz lebenden Bruder überzusiedeln. Das Erscheinen seiner Zeitschrift ist nunmehr eingestellt worden. Seine Gegner und auch manche seiner Freunde erklären seinen Entschluß damit, daß es ihm seit dem kürzlichen Anschlag auf sein Leben auf der deutschen Erde nicht länger geheuer vorkäme.

Der Rücktritt von Premierminister Lloyd George wirkte in politischen Kreisen beunruhigend. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß Großbritanniens Zukunft und die Politik seiner Regierung für Deutschland von höchster Wichtigkeit sind. Die Unsicherheit der britischen politischen Lage, meint die „Börsezeitung“, muß die nächste Zukunft der Entschädigungspolitik ungünstig beeinflussen. Nach dem „Totalanzeiger“ bedeutet der Rücktritt von Lloyd George im Grunde einen neuen Triumph für Poincaré. Paris wird sich freuen, ihn los zu sein, und viele Erfahrungen haben gelehrt, daß Berlin keinen Anlaß zur Freilichkeit hat, wenn Paris sich freut.

Der von Louis Barthou, dem Vertreter der französischen Regierung bei der Wiedergutmachungskommission einberufene Plan einer Kontrolle der Alliierten über die deutsche Finanzwirtschaft wird von verschiedenen Zeitungen aufs heftigste kritisiert. Die Presse erklärt, daß der französische Vorschlag ein offener Angriff auf die Souveränität der Deutschen Republik sei. Die „Börsenzeitung“ schreibt: „Demokratie, das Recht der Selbstbestimmung, das parlamentarische System und alle Staatsformen würden verschwinden, wenn der französische Plan, der eine finanzielle Obervormundschaft darstelle, in Wirksamkeit treten würde.“ Die Zeitung meint auch, daß die Ausübung des Vorschlages Erbitterung im Inneren des Landes, politische Umwälzungen und wirtschaftliche Unordnung zur Folge haben und den Wert der Mark wahrscheinlich bis 10,000 Mark für einen Dol-

lar herabdrücken und schließlich den Zweck des Planes, die Zahlung der verlangten Wiedergutmachung möglich zu machen, gänzlich vereiteln würde. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Wie stehen vor einer neuen Reparationskriege.“ Das Blatt meint, daß die französische Regierung direkt einen wirtschaftlichen Erfassungsvorstoß unternahm. Die Zeitung nimmt besonders gegen die geplante Ueberwachung der Budgetauslage der Bundesstaaten und der Reichsbank Stellung und sagt, letztere habe dem Wunsch der Alliierten gemäß Autonomie erlangt, die durch den französischen Plan wieder aufgehoben würde.

Mit 314 gegen 76 Stimmen hat der Reichstag beschlossen, den Amtstermin des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 zu verlängern. Gleichzeitig hat der Reichstag einen Antrag des Zentrums, „Vorbeugungsmaßnahmen gegen den Ausverkauf Deutschlands an Ausländer“ zu fordern, einstimmig angenommen. Ein Ausschlag auf Bahnfahrpreise für fremde Reisende ist in dem Antrag ebenfalls vorgesehen.

Der russische Botschafter in Berlin, Krejinski, welcher kürzlich von seinem Urlaub aus Moskau zurückkehrte, gab die Erklärung ab, daß die Sowjetregierung das Monopol auf Handel und Wandel aufgegeben habe. Dies bedeutet, daß Rußland und Sibirien wieder dem amerikanischen und europäischen Geschäft geöffnet werden wird. Dieser plötzliche Wechsel der Sowjetpolitik, auf welchen die Welt seit den letzten fünf Jahren gewartet hat, wird der halboffiziellen Mission des Franzosen Ed. Herriot und den Ver. Staaten zugeschrieben, welche letztere sich standhaft geweigert hat, etwas mit Sowjetrußland zu tun zu haben, wenn es nicht seine Politik ändere. Trotz beantragte in dem Exekutivrat, sofortige drastische Veränderungen in Rußlands Außenpolitik.

Dublin. Das Angebot der Regierung des Freistaats, Personen, die gefährlich Waffen tragen oder gefährliches Eigentum halten, nach ihrer Uebergabe Amnestie zu gewähren, ist erloschen. Die Militärbehörden können von jetzt ab Freiwiler mit Tod, Deportierung, Haft oder Geld bestrafen. Das Angebot der Regierung wurde offenbar mißachtet. In Dublin waren Anschläge, die jedermann warnen, Auffläreung geben, die zur Bestrafung von Republikanern führt.

Die irischen Republikaner sind entschlossen, bis zum Tode gegen den Freistaat anzukämpfen. Die Zeitung der republikanischen Bewegung ist den Politikern von den Soldaten aus der Hand genommen worden, und die neuen Führer haben als erstes einen drastischen Eid eingeführt, der von Irregulären abgelegt werden muß. Dieser Eid bindet alle, die ihn ablegen, eher zu sterben als unter einer andern Regierung in Irland zu leben, als einer republikanischen. Die Eidleister verpflichten sich, in Irland zu bleiben und nicht auszuwandern. Wer seine Waffen an die Freistaatsregierung oder irgend eine andere dazu bestimmte Behörde ausliefert, ist dem Tode verfallen.

Den im Norden von Galway operierenden irischen Freistaatsruppen ist die Gefangennahme des republ. Generals und Mitglieds des Dail, T. McGuire, gelungen.

München. Karl Fehrenbach, der Kunst Dieners Sekretar war, als Eisener in München ermordet wurde, im Februar 1919, ist wegen Hochverrats zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Fehrenbach war unter anderem beschuldigt, Zeitungsseiten Dokumente zugeflickt zu haben, von denen er sagte, daß sie aus dem Staatsarchiv stammten. Durch diese Dokumente sollte gezeigt werden, daß Mathias Erzberger im Kriege die Annexion von französischen und belgischen Gebieten befürwortet habe. Dr. Sigismund Gargas, Besitzer einer Nachrichtenagentur, wurde zu 12 Jahren, und Karl Lemmke, der Münchener Korrespondent der Deutschen Allgemeinen Zeitung, zu 11 Jahren Zuchthaus unter der gleichen Anklage verurteilt.

Die Verhandlungen über eine neue große deutsche Funkstation in Bayern stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Die geplante Funkstation wird technisch durch interessant, daß man beabsichtigt, den „Herzogentand“, den steilen Gipfel zwischen Kochel und Walchensee, einerseits und den „Stein“, einen anderen Berggipfel andererseits als Antennenmasten zu benutzen, die Sendestrahlen also von Bergspitze zu Bergspitze zu spannen, wodurch bedeutende Anlagekosten gespart werden. Als Sender sind die Lorenz-Paullsen-Apparate vorgesehen, die ihre Kraft aus einer Schmittschen Hochfrequenz-Maschine beziehen sollen. Mit einem Energieaufwand von 100 Kilowatt wird man, ebenso wie von Kauen, mit jeder Station auf der Erde sich verständigen können.

Wien. Die Bewohner des Balfertales, eines Nebenflusses der Aller, geben mit dem Plane um, eine eigene souveräne Republik zu gründen. Das Tal gehört zu der österreichischen Provinz Vorarlberg. Es ist aber von dem übrigen Österreich durch eine hohe Gebirgskette getrennt und möchte deshalb in die deutsche Zollunion aufgenommen werden. Um dies zu ermöglichen, wollen dieselben eine eigene Republik gründen. Wie es heißt, haben Frankreich und England sich bereits mit dem Plane einverstanden erklärt, der demnächst der Völkerversammlung unterbreitet werden wird. Falls die Gründung dieser Republik zustande kommen sollte, so würde sie zweifellos die kleinste Republik der Welt sein. Sie würde nämlich nur 1500 Einwohner haben.

Genf. Das Bundespolizeiamt erteilt einen Haftbefehl gegen Bela Kun, das frühere Haupt der ungarischen Sowjetregierung, die nach dem Krieg kurze Zeit in Ungarn am Ruder war. Bela Kun soll sich in der Schweiz mit einem falschen Paß, auf den Ramen Adler ausgestellt, verdeckt halten.

Doorn. Das alte, historische Schloß Moersborg, das sich in der unmittelbaren Nachbarschaft des Schlosses Doorn befindet, wird jetzt eingehenden Restaurierungsarbeiten unterzogen und das Gebäude wird auch durch Anbringung elektrischer Anlagen modernisiert. Einem Gerücht zufolge soll der vor-malige König Konstantin von Griechenland das Schloß für die Dauer von zwei Jahren gepachtet haben.

Aus verschiedenen Quellen verlautet, die Hochzeit der Prinz-

essime von Schönaich Carolin, geborene von Reuß, Ältere Prinzessin, mit dem früheren deutschen Kaiser Wilhelm wurde im Schloß des Grafen Bendinck in Amerongen, wo der Ex-Kaiser die erste Zeit seines Exils verbrachte, gefeiert werden. Der Bürgermeister von Amerongen weigerte sich, die Hochzeit zu bestätigen, noch zu demontieren. Er erklärte, soweit ihm noch keine definitiven Informationen in der Angelegenheit zugegangen. Auch das Geheiß des früheren Kaisers behauptet großes Schweigen, obgleich bekannt ist, daß die Vorbereitungen unter ihm eingehend besprochen worden sind.

Haag. Aus dem Plan des ehemaligen deutschen Kaisers, die Fütterwochen in dem Badeort Scheveningen zu verleben, wird nichts. Er gedachte, zwei Wochen in dem berühmten Badeort zu zubringen, die Behörden Hollands aber haben dieses verboten. Die Ziviltrauung wird am 5. November um die Mittagsstunde vom Bürgermeister zu Doorn im Beisein von drei anderen städtischen Beamten vollzogen werden und zwar in der Vorhalle des Schlosses zu Doorn. Unter dem holländischen Gesetz müssen der Trauung sechs Zeugen beizohnen.

London. Im Zusammenhang mit dem finanziellen Teil und anderen Gegenständen der kommenden nächsten Friedenskonferenz wird von den Türlen, hier eingetroffenen Nachrichten zufolge, beabsichtigt, Ansprüche auf Mesopotamien zu erheben. Auch heißt es, daß die Türlen eine Anleihe von den Franzosen und deren politische Unterstützung im Austausch für Petroleum-Konzessionen, die zur Zeit im Besitz britischer Interessen sind, zu gewinnen suchen.

Die Admiralität gab Auftrag zum Bau von zwei 35,000 Tonnen Schlachtschiffen. Dies entspricht dem Washingtoner Abkommen. Es wurde aber viel darüber gesprochen ob Großbritannien diese Schiffe bauen werde.

Paris. Ein der Gutmachungskommission vorgelegter französischer Plan für die Restrukturierung der Finanzen Deutschlands enthält folgende Vorschläge: Daß die Alliierten die deutschen Finanzen kontrollieren, daß das deutsche Budget ins Gleichgewicht gebracht werde; daß dem deutschen Schatzamt unterstellt werde, Bonds der Reichsbank zu einem Diskont zu überweisen, und daß Deutschland gezwungen werde, alle internationalen Anleihen unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen; daß die Reichsbank ihre Autonomie einbüße und unter die Kontrolle der Alliierten gestellt werde; daß die Kapitalesflucht aus Deutschland verhindert werde; daß sobald als möglich Deutschland Schatzamtnoten ausgeben, um die Reserve der Reichsbank zu stärken und Entschädigungen zu zahlen, die nicht im Budget eingeschlossen seien; daß die Ausfuhrsteuer von 25 Prozent beibehalten werde. Ferner wird in dem Plane vorgeschlagen, daß die Gutmachungskommission nach Berlin übersiedele und den Höchstbetrag, den Deutschland ausgeben könne, und den Mindestbetrag, den es an Einkünften kollektieren müsse, festsetze. Dieser Plan, der Deutschlands Finanzangelegenheiten unter

die Titular der Alliierten bringen würde, wird in englischen Kreisen als unpraktisch angesehen. Die Engländer erklären, der Plan bedeute die Beherrschung Deutschlands durch die Alliierten und zu seiner Durchführung würden die Armeen der Alliierten notwendig sein.

Premier Poincaré machte bekannt, daß Rußland zu der internationalen Konferenz über die Zukunft der türkischen Meerenge eingeladen werden würde. Dies stärkt den Glauben, daß die Sowjetregierung bald von England und Frankreich anerkannt werden wird.

Bei Wülhausen im Elsaß stießen ein Sitzung und ein Winterzug zusammen. Elf Personen wurden dabei getötet und zehn verletzt. Moskau. Die diplomatische Delegation der Sowjetregierung hat von der britischen Regierung eine Erklärung darüber verlangt, daß die russische Flotte vom Gebände der russischen Botschaft in Konstantinopel entfernt werden war. Die Flotte ist angeblich von einem britischen Offizier entfernt worden. Falls die britische Regierung keine befriedigende Erklärung abgegeben wird, wird die russische Botschaft ihre Fäße verlangen.

Hier werden 25 Millionen Rubel für einen Dollar angeboten. Nach der Ansicht von Spekulanten wurde dieser gemaltige Kurssturz (vor Wochensticht wurden nur 7,000,000 für den Dollar bezahlt) dadurch verursacht, daß die Sowjetregierung in den jüngsten Tagen bedeutende Geldsendungen an die Nationalbanken in Angora gemacht hat.

Die russischen Panzerkreuzer „Hoffija“ und „Gramoboj“ und mehrere andere Fahrzeuge sind in einem Sturm in der Dniew untergegangen. Bukarest, Rumänien. Nach einer Meldung sind bei Lauribanya in Siebenbürgen in einem Eisenbahnunfall 30 Personen getötet und 85 verletzt worden.

Konstantinopel. Der neue türkische Generalgouverneur von Ost-Trazien hat den alliierten Generalen die Versicherung gegeben, daß die Gendarmerie und die Truppen Kemal Paschas, welche die Provinz übernehmen werden, keinerlei Gräueltaten verüben, sondern die Ordnung aufrecht erhalten werden. Ein aus 100 Gendarmen bestehendes Detachment ist hier eingetroffen und in der Sophien-Moschee untergebracht worden.

Grüße Unruhen in Italien

Fascisti reißen Regierung an sich.

Schon seit Jahren befand sich in Italien eine Partei, genannt „Fascisti“. Seit dem großen Kriege ist dieselbe immer mehr erstarkt. Die Anhänger derselben tragen schwarze Hemden. Dem Anführer der Fascisti ist es nun gelungen, durch Drohungen und offene Gewalt die Regierung an sich zu reißen und Premier Facta mit seinem gesamten Kabinett zu stürzen, sodas König Victor Emanuel sich am 29. Okt. genötigt sah, Dr. Mussolini zu erlauben, den Premierposten zu übernehmen und ein neues Kabinett zu formieren, das zum größten Teil aus Fascisti bestehen wird. Wie die Dinge in Italien sich nun gestalten werden, muß man abwarten.

Aus Canada

Ottawa. Bei einer Besprechung der neuen Einwanderungsbestimmungen Canadas erwähnt die „Canadian Labor Gazette“, daß Canada die Einwanderer aus Großbritannien und den selbstregierenden britischen Besitzungen beauftragt, und zwar möchten die Canadianer namentlich Land und Hausarbeiter aus diesen Ländern haben. Die Einwanderung nach Canada ist nach den neuen Bestimmungen auf Landwirtschaft, landwirtschaftliche Hilfsarbeiter und weibliche Diensthilfen beschränkt. Zur die beiden letzteren Klassen ist gute Aussicht auf Beschäftigung vorhanden. Von Landwirtschaften sind nur jene willkommen, die in Canada wirklich Landwirtschaft betreiben wollten und dazu die nötigen Mittel besitzen. Die Klasse der Einwanderer aus Europa (nicht aber die der Einwanderer aus Großbritannien oder einer seiner selbstregierenden Besitzungen oder aus den Vereinigten Staaten) müssen in Europa von einem von dem betreffenden Lande angestellten Einwanderungsbeamten der canadischen Regierung geprüft und visiert werden. Alle übrigen Einwanderer müssen ihre Pässe von einem britischen Konsularbeamten beglaubigen lassen. Zur die canadische Prüfung und Visierung des Reisepasses wird eine Gebühr von \$5.00 erhoben. Administrative Einwanderer mit Ausnahme der Einwanderer aus einem Lande, mit dem eine besondere vertragliche Abmachung besteht, müssen bei ihrer Landung die Summe von \$250 besitzen. Um den in der Provinz Saskatchewan herrschenden Landarbeitermangel zu beheben, hat die Provinzialregierung Vorkehrungen getroffen, um Einwanderer direkt von den Wollereien und Kleinbauerngütern der Niederlande herüberzubringen. Man glaubt, daß sich viele Leute mit wenigen Anweisungen zu sehr jungen Landarbeitern emwandeln werden. Es sind schon Berichte eingelaufen, nach denen eine beträchtliche Zahl von holländischen und norwegischen Landarbeitern in Canada angekommen sind.

Horton. Wie früher bekannt gemacht wurde, beabsichtigten die zweitausend unabhängigen Zuchtbauern der hiesigen Gegend nach Rußland zuwandern; sie haben den Plan aber nunmehr aufgegeben, da so ungünstige Berichte aus Rußland kamen, daß sie abgelehrt wurden.

Ottawa. Aus Canada wurden in den letzten fünf Monaten Waren im Werte von \$3,257,202 nach Deutschland exportiert, während die von Canada in denselben Monaten des vorigen Jahres eingeführten Waren nur einen Wert von 2,031,541 hatten. Importiert wurden von Deutschland Waren im Werte von \$861,181 im vorigen Jahre (bis August 1921) und in diesem Jahre (bis August 1922) nur für \$753,195.

Regina. Im Sekretariat der Provinz gingen, wie Hon. J. W. Ulyrich berichtete, im ganzen \$1,430,000 im letzten Fiskaljahre ein. Es wurden 59,061 Autoschneine ausgegeben, über 35,000 hiervon sind Fords, dann kommen Chevrolet, McCaughlin und Overlands.